

Regierung stoppt Familiennachzug: Konflikt um Asylrecht eskaliert!

Am 12. März 2025 plant die österreichische Regierung drastische Einschnitte im Asylrecht, darunter den Stopp des Familiennachzugs.



Wien, Österreich - In Österreich brodeln die politische Stimmung: Die neue Regierung hat in einer Kabinettsitzung den umstrittenen Stopp des Familiennachzugs beschlossen und damit einen alarmierenden Schritt in der Asylpolitik eingeleitet. Dieser Beschluss kommt in einer Zeit, in der die Zahl der Asylanträge steigt und verdeutlicht die strikten Maßnahmen der Koalition aus der konservativen Volkspartei (ÖVP), der sozialdemokratischen SPÖ und den liberalen Neos, die erst Anfang März ins Amt kam. Kanzler Christian Stocker verteidigte die Entscheidung und betonte, dass Österreichs Aufnahmekapazitäten im Bildungssektor bereits überlastet sind. Zwischen 2021 und 2023 wurden in dieser Form circa 18.000 Menschen ins Land geholt, einschließlich zahlreicher

minderjähriger und schulpflichtiger Kinder. Diese Entwicklung hat zu einer Intensivierung des politischen Streits geführt.

Kritik aus der Opposition

Die Linke ist empört über diese Maßnahmen. Angelika Adensamer, Spitzenkandidatin der KPÖ und LINKSt, ließ ihrem Unmut freien Lauf und kritisierte die SPÖ sowie deren Vorsitzenden Andreas Babler scharf. Ihrer Meinung nach haben diese vor den Wahlen zwar Menschlichkeit und Solidarität beschworen, allerdings nun eine Politik des absoluten Stillstands und der Ignoranz gefördert. Adensamer bezeichnete die Aussetzung des Familiennachzugs als eklatante Verletzung der Menschenrechte und warf den führenden Politikern Gleichgültigkeit vor, während sie die Sorgen von Asylberechtigten ignorierten. Die Regierung behauptet, die EU-Notfallklausel rechtfertige diesen Schritt, um die innere Sicherheit zu gewährleisten, doch die Kritiker sehen darin einen ernsthaften Verstoß gegen internationale Abkommen.

Innenminister Gerhard Karner hatte bereits zuvor gefordert, den Familiennachzug durch strengere Tests zu begrenzen, und nun geht es der Regierung darum, ihn endgültig zu beenden. Diese politischen Bedenken werden von verschiedenen Seiten aufgegriffen, und die bevorstehenden Wahlen in Wien bringen zusätzlichen Druck auf die Akteure. Klare Standpunkte scheinen gefragt, während die gegenwärtige Regierung an ihrer vorübergehenden Politik festhält, die laut Kanzler Stocker auf ganz Österreichs Bedürfnisse abgestimmt sein soll. Die Landesgrenzen blitzen auf, während der Streit um humanitäre Werte und die eigene Politik von Solidarität weiter aufflammt. Wie es weitergeht, bleibt ungewiss.

Diese politische Wende sorgt für Diskussionen und entblößt unterschiedliche Ansichten zur Rettung der Menschenrechte, während die Parteien sich neu positionieren und ihre Wahlslogans aufpolieren. Für die Betroffenen vor Ort besitzt die aktuelle Lage jedoch ein greifbares, teils erschreckendes

Gewicht, welches über den politischen Diskurs hinausgeht.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.kosmo.at • www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at